



Haushalts- und Finanzausschuß

39. Sitzung (nicht öffentlich)

25. Juni 1997

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.55 Uhr bis 16.25 Uhr

Vorsitz: Leo Dautzenberg (CDU)

Stenographen: Günter Labes-Meckelnburg (federführend) und Norbert Anhalt

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Nachtragshaushaltsgesetz 1997) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1997 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1997 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/2100

Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses zur 2. Lesung - Drucksache 12/2130

Schlußberatung und Abstimmung zur 3. Lesung

Vorlagen 12/1408 bis 12/1410 und 12/1412

Zuschrift 12/1205

(Hinweis: Der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 12/2170 enthält sämtliche zur dritten Lesung gefaßten Beschlüsse und die Abstimmungsergebnisse.)

Mit den Stimmen aller Fraktionen ermächtigt der Ausschuß den Finanzminister, bei der Aufbereitung der Beschlüsse zum Haushalt offenbare Unstimmigkeiten im Zahlenwerk zu bereinigen und zum Ausgleich des Haushalts gegebenenfalls den Ansatz bei Kapitel 20 020 Titel 371 10 "Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich des Haushaltsplans" zu verändern.

In der Gesamtabstimmung nimmt der Ausschuß den Gesetzentwurf nach Maßgabe der zuvor beschlossenen Änderung vom Haushalts- und Finanzausschuß mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU an.

Dieses Protokoll enthält Ausführungen zu folgenden Themen:

-	Globale Minderausgaben allgemein	1
-	Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales	4
-	Einzelplan 10 - Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft	8
-	Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen	9
-	Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport	9

Aus der Diskussion

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Nachtragshaushaltsgesetz 1997) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1997 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1997 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/2100

Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses zur 2. Lesung - Drucksache 12/2130

Schlußberatung und Abstimmung zur 3. Lesung

Vorlagen 12/1408 bis 12/1410 und 12/1412

Zuschrift 12/1205

(Hinweis: Der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 12/2170 enthält sämtliche zur dritten Lesung gefaßten Beschlüsse, den Wortlaut des gestellten Antrages mit der Begründung, die Abstimmungsergebnisse sowie Ausführungen über die in der Sitzung abgegebenen Stellungnahmen. In diesem Protokoll werden ausschließlich die Diskussionsbeiträge wiedergegeben, die über die Darlegungen in der genannten Drucksache hinausgehen.)

Vorsitzender Leo Dautzenberg erinnert daran, daß der Ausschuß in seiner 2. Lesung die Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport und den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales nach § 71 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtags in den Ausschuß zitiert habe, damit sie heute die Fragen zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgaben in den Einzelplänen 07 und 15 beantworteten.

Globale Minderausgaben allgemein

Vorsitzender Leo Dautzenberg stellt fest, bei den Haushaltsrechnungen der Jahre 1993, 1994 und 1995 werde deutlich, daß bei geringeren Einsparvorgaben jeweils 2 Milliarden DM insgesamt im Landeshaushalt als Minderausgaben "erwirtschaftet" worden seien. Das bedeute doch, daß mit einer globalen Minderausgabe für den Gesamthaushalt in Höhe von knapp einer Milliarde DM nur die bestehenden "Überveranschlagungen" abgebaut würden. Im übrigen habe sich die Landesregierung vor der politischen Entscheidung gedrückt, die globale Minder-

ausgabe möglichst nicht im investiven, sondern nur im konsumtiven Bereich zu erwirtschaften.

Finanzminister Heinz Schleußer bezeichnet die Aussage des Vorsitzenden zwar als richtig, aber dabei sei nicht nach den jeweiligen Bereichen unterschieden. Beispielsweise habe eine Minderausgabe im Bereich des Gemeindefinanzierungsgesetzes ein ganz anderes Gewicht. Außerdem lege er nicht nur Wert auf die Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe, sondern er sei für jede Summe dankbar, die darüber hinausgehe. Sein Ziel bestehe nicht darin, die vom Parlament gegebenen Ausgabemöglichkeiten zu nutzen, sondern Landesaufgaben möglichst wirtschaftlich zu erfüllen. Es gebe natürlich nicht die Möglichkeit festzulegen, nur konsumtive oder nur investive Ausgaben zu kürzen, sondern das hänge vom Haushaltsverlauf ab. Bereits in der letzten Sitzung habe er deutlich dargelegt, es sei Sache der Exekutive, wie sie mit der genehmigten Minderausgabe umgehe. Bei gezielten Aufteilungsvorgaben richte man sich nicht danach, ob es um investive oder konsumtive Ausgaben gehe, sondern die Quotierungen würden nach dem Grad der Freiwilligkeit der Leistungen errechnet. Im Haushalt 1996 seien etwa 63 Prozent der globalen Minderausgabe bei den konsumtiven Ausgaben erwirtschaftet worden, was er für einen guten Anteil halte.

Auf die Äußerung des **Vorsitzenden Leo Dautzenberg**, die erforderliche politische Diskussion habe aber nicht stattgefunden, weil von der Annahme ausgegangen werden könne, daß die globale Minderausgabe aufgrund der vorhandenen Luft im Haushalt als Bodensatz immer noch zu erwirtschaften sei, erwidert **Finanzminister Heinz Schleußer**, dies bezeichne er nicht als Bodensatz, weil eine Überveranschlagung gegeben wäre, sondern es handele sich um getroffene Maßnahmen. Keiner der Haushalte der Jahre 1993 bis 1995 sei ohne Haushaltssperre zu geeigneter Zeit vollzogen worden. Ziel sei dann aber, daß möglichst mehr als das Auferlegte gespart werde. Er habe angenommen, daß bei diesem Sparziel Übereinstimmung bestehe.

Vorsitzender Leo Dautzenberg betont, in dem Sparziel herrsche Übereinstimmung, aber es gehe um die Vorgehensmethode. - Die Methode habe er wiederholt geschildert, geht darauf **Finanzminister Heinz Schleußer** ein. Er sei auch gern bereit, detailliert nachzuliefern, wie und wo die einzelnen Summen eingespart worden seien.

Als Beispiel bezieht sich **Vorsitzender Leo Dautzenberg** auf die Haushaltsrechnung 1994, nach der 2,498 Milliarden DM eingespart worden seien, während die Einsparzielvorgabe 1,638 Milliarden DM betragen habe. Für ihn stelle sich die Frage, ob nicht durch "Überveranschlagungen" den Häusern ein solcher Freiraum gelassen werde, damit nicht die politische Entscheidung, wo eingespart werden solle, getroffen werden müsse. - Diese Aussage bezeichnet **Finanzminister Heinz Schleußer** als schlicht und ergreifend falsch. Aus Zeitgründen sollte diese Diskussion heute wohl nicht geführt werden, aber er sei zu einer ausführlichen Aussprache darüber bereit. Erinnern wolle er aber an die Kontroverse mit Herrn Diegel im

Frühjahr 1996, als er als Finanzminister über die Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe und darüber gesprochen habe, was bei einer Haushaltssperre herauskommen würde. Es habe sich seine Aussage bestätigt, daß bei einer Haushaltssperre ab dem betreffenden Zeitpunkt nicht nur das Ziel erreicht, sondern weit überschritten werde.

Helmut Diegel (CDU) hält den Sachverhalt nicht für richtig wiedergegeben. Damals habe er sich insbesondere daran gestört, daß mit dem Instrument Haushaltssperre dem Parlament die entsprechenden Eingriffsmöglichkeiten genommen würden, und gefragt, ob nicht rechtzeitig ein Nachtragshaushalt vorgelegt werden müsse, um das Parlament zu beteiligen. Er wisse bei der Interessenlage innerhalb der Koalition sehr wohl, daß der Finanzminister ein schwieriges Amt innehabe. Der Finanzminister könne aus dessen Sicht vielleicht viel effektiver sparen, wenn nicht noch die Interessen der beiden Fraktionen jeweils berücksichtigt werden müßten. Der Vorschlag des Finanzministers, dieses Thema bei anderer Gelegenheit einmal ausführlicher zu besprechen, sollte aufgegriffen werden, weil es dabei auch um Grundsätze gehe, die konstruktiv auf die Zukunft ausgerichtet entwickelt werden sollten. Dies erscheine ihm besser, als immer an der Vergangenheit orientiert sich wechselseitig Vorwürfe zu machen.

Der Aussage des Finanzministers, daß die Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe Sache der Exekutive sei, könne er, Diegel, nur solange zustimmen, als das Parlament nicht im Haushaltsgesetz verankere, daß diese nicht im investiven Bereich erwirtschaftet werden dürfe. Insofern müsse doch der Antrag der CDU-Fraktion, über einen Haushaltsvermerk im Haushaltsgesetz klarzustellen, daß die globale Minderausgabe nicht im investiven Bereich erwirtschaftet werden solle, für den Finanzminister und diese Koalition Rückendeckung bedeuten.

Reinhold Trinius (SPD) stellt zunächst fest, die Haushaltssperre stelle ein vom Gesetz vorgesehenes Mittel in der Hand des Finanzministers dar. Insofern sei es völlig legal, wenn der Finanzminister aufgrund der Entwicklung auf der Ausgaben- oder Einnahmenseite zu diesem Mittel greife, um sicherzustellen, daß der Haushalt ausgeglichen sein werde. Mit dem Stammhaushalt ermächtige im übrigen das Parlament die Landesregierung für bestimmte Aufgaben und Leistungen bis zu einer bestimmten Höhe Ausgaben zu tätigen. Werde der Nachtragshaushalt in der vorgelegten Weise verabschiedet, bestimme der Gesetzgeber die Erwirtschaftung von Minderausgaben. Das stelle sozusagen einen Befehl des Gesetzgebers an die einzelnen Ressorts dar, in einer ganz bestimmten Höhe im Stammhaushalt ausgewiesene Ausgabenermächtigungen nicht in Anspruch zu nehmen, was, worauf die einzelnen Ressorts hingewiesen hätten, im Haushaltsvollzug umgesetzt werden müsse. Von allen Ressorts - heute sollten noch weitere Auskünfte erteilt werden - sei ausgeführt worden, wo die Minderausgaben vorzugsweise erwirtschaftet werden sollten und was außerdem noch in Frage komme. Wegen der Abhängigkeit vom Haushaltsvollzug könnten die Ressorts aber nicht schon jetzt sagen, wieviel an welcher Stelle genau erwirtschaftet werde.

Er spreche sich sehr für eine Fortsetzung der begonnenen Diskussion aus, betont **Finanzminister Heinz Schleußer**. Anhand der Protokolle werde er belegen, daß Herr Diegel bei der Behandlung des 96er Haushaltes gefragt habe, warum die Sperre zu spät komme usw., und

daß auch Verdächtigungen ausgesprochen worden seien, er, Schleußer, habe den Grünen noch schnell von denen gewünschte Ausgaben ermöglichen wollen. Zum Mittel Haushaltssperre müsse aber auch noch angemerkt werden, daß der Finanzminister dieses Instrument nicht willkürlich nutzen könne. Vielmehr müßten bestimmte Rahmenbedingungen für diesen Weg vorliegen. Er habe bisher jeweils belegt, warum dieser Weg der Haushaltssperre habe gegangen werden können. Bezüglich der Verfassungsgrenze verweise er noch darauf, daß zu den Haushalten 1993 bis 1995 das Testat des Landesrechnungshofes vorliege. Danach hätten diese Haushalte nicht nur bei der Verabschiedung, sondern auch im Haushaltsvollzug der Verfassung entsprochen. In diesem Punkt unterscheide sich Nordrhein-Westfalen seit gut einem Jahrzehnt auch wohltuend von Bonn, was beibehalten werden solle. Die CDU-Fraktion sei herzlich dazu eingeladen, daran mitzuwirken.

Auf den Einwurf von **Helmut Diegel (CDU)**, ein Haushaltsloch gebe es aber auch in Nordrhein-Westfalen, entgegnet **Finanzminister Heinz Schleußer**, gegen die verheerende Finanzpolitik in Bonn sei eben kein Kraut gewachsen.

Im Verlaufe der Aussprache bezeichnet **Helmut Diegel (CDU)** den Abgeordneten Walsken als Lügenbaron, was auf den Widerspruch der SPD-Vertreter stößt und vom **Vorsitzenden Leo Dautzenberg** als unparlamentarische Wortwahl beanstandet wird. Am Schluß der Sitzung drückt **Helmut Diegel (CDU)** sein Bedauern über seine Wortwahl aus.

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Volkmar Klein (CDU) nimmt Bezug auf die Übersicht über den Mittelabfluß. Bereits im vergangenen Jahr sei im Bereich der Krankenhausförderung vieles eingespart worden. Aus diesem Grunde seien die Zahlen für das Jahr 1997 besonders alarmierend, da der Mittelabfluß in diesem Bereich bisher nur 200 Millionen DM betrage, obwohl insgesamt gut 1 Milliarde DM veranschlagt worden sei. Es müsse deswegen geklärt werden, wie sich die Entwicklung der Investitionen auf diesem Sektor vollziehen solle bzw. welche Einsparungen vor dem Hintergrund der globalen Minderausgabe zusätzlich vorgesehen seien.

Dr. Axel Horstmann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, entschuldigt sich zunächst dafür, daß ihm eine Teilnahme an der letzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses nicht möglich gewesen sei. In Erwiderung auf die Äußerungen von **Volkmar Klein (CDU)** verweist er darauf, daß sich bereits in der Vergangenheit im Krankenhausbereich der Mittelabfluß bewilligter Gelder nicht immer wie geplant vollzogen habe. In diesem Jahr erwarte er in diesem Bereich jedoch keine Minderausgaben. Zudem sei zu berücksichtigen, daß dieser Titel nicht nur die Krankenhausförderung und den Rettungsdienst, sondern sehr wohl auch die Finanzierung der laufenden Kosten umfasse.

Volkmar Klein (CDU) möchte detailliert belegt wissen, wie hoch der Anteil der globalen Minderausgabe auf dem Krankenhaussektor im Bereich der Investitionen sei. - **Minister Dr. Axel Horstmann** antwortet, im Bereich der Investitionsförderung der Krankenhäuser plane er keine Minderausgabe. Nach seinen Planungen entstehe in diesem Bereich kein Rest.

Helmut Diegel (CDU) bittet ebenfalls um Auskunft, wie die globale Minderausgabe erwirtschaftet werden solle. Insbesondere müsse vor dem Hintergrund, daß viele Ausgaben gesetzlich gebunden seien, gesagt werden, ob die Erwirtschaftung auch die Bereiche Kindergärten, Altenhilfe, Behindertenfürsorge und Aidshilfe betreffe.

Minister Dr. Axel Horstmann legt Wert auf die Feststellung, daß die globale Minderausgabe über den gesamten Haushalt erbracht werden müsse. Auch wenn eine Ausgabe gesetzlichen Charakter habe, sei es denkbar, daß ein Rest entstehe, der in die globale Minderausgabe einbezogen werden könne. Beispielsweise könnte die Betriebskostenförderung für die Übergangswohnheime für Aussiedler geringer als geplant ausfallen. Eine trennscharfe Planung sei deshalb nicht vorgenommen worden, weil man sich auf die aus bewilligungstechnischen oder systematischen Gründen entstehenden Reste konzentrieren wolle. In bezug auf den Einzelplan 07 sei es in den vergangenen drei Jahren so gewesen, daß jeweils ein Rest in Höhe von 300 Millionen DM entstanden sei. Dies sei mehr, als jetzt für die globale Minderausgabe im Nachtragshaushalt festgesetzt worden sei. Aus diesem Grunde müsse in den nächsten Monaten kontinuierlich beobachtet werden, ob sich diese Situation wiederhole. Die im Juni 1997 getroffenen Feststellungen hätten ihn bewogen, jetzt keine besonderen Bewirtschaftungsmaßnahmen für den Einzelplan 07 festzusetzen. Im September werde erneut geprüft, ob solche Entscheidungen zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe getroffen werden müßten.

Reinhold Trinius (SPD) nimmt Bezug auf die Vorlagen 12/1380 und 12/1410 und fragt, ob der Minister erwarte, bei den Arbeitsmarktprogrammen und den Betriebskosten für Kindergärten die globale Minderausgabe erwirtschaften zu können und worin er dafür die Ursache erblicke.

Minister Dr. Axel Horstmann führt aus, sowohl im Bereich der Arbeitsmarktprogramme als auch im Bereich der Kindergärten sei sozusagen systembedingt mit beachtlichen Resten zu rechnen. Bezüglich der Arbeitsmarktmaßnahmen, bei denen es sich jeweils um eine Neubewilligung einzelner besonderer Maßnahmen handele, sei dies darauf zurückzuführen, daß nicht immer die bewilligten Gelder, weil etwa Kurse nicht ausreichend besucht worden seien, in vollem Umfang in Anspruch genommen würden. Des weiteren sei dies abhängig von der begleitenden Förderung und Finanzierung durch die Bundesanstalt für Arbeit. Als Beispiel zu nennen sei eine Qualifizierungsmaßnahme für Bergleute, bei der die Arbeitsverwaltung die Kosten des Lebensunterhaltes übernehme über Mittel für Fortbildung und Umschulung, während das Arbeitsmarktprogramm des MAGS dazu diene, die Maßnahmekosten selbst zu finanzieren. Fahre aber wie gegenwärtig die Bundesanstalt eine restriktive Politik im Bereich

Fortbildung und Umschulung, könnten unter Umständen für geplante Maßnahmen die Landesmittel nicht eingesetzt werden. Insoweit gebe es ein systembedingtes Entstehen von Resten, das vielfach an anderer Stelle mit vorprogrammiert werde. Das Eintreten eines solchen Effektes sei auch für das Haushaltsjahr 1997 zu erwarten. Deshalb dürften jedoch nicht weniger Mittel zur Verfügung gestellt werden, weil auch dann der gleiche Effekt von Minderausgaben eintrete. Hinsichtlich der Kindergärten werde der Mittelabfluß letztendlich durch die örtlichen Träger der Jugendhilfe gesteuert. Das Ministerium stelle bestimmte Mittel für die Investitionen und für die Betriebskosten zur Verfügung, treffe jedoch nicht die Entscheidung über die Inanspruchnahme. Man sei jedoch stets bemüht, für den Kindergarten-sektor genügend Landesmittel zur Verfügung zu stellen. Im übrigen seien auch diese Reste systembedingt, und es müsse so veranschlagt werden, daß die Mittel ausreichen.

Rainer Lux (CDU) möchte wissen, ob bereits bei der Aufstellung des Haushalts bekannt gewesen sei, daß ein gewisser Rest entstehen werde. - **Minister Dr. Axel Horstmann** erklärt, bei dem sehr früh liegenden Veranschlagungszeitpunkt sei es unmöglich, alle Eventualitäten des folgenden Jahres bereits zu berücksichtigen. Deshalb könne es durchaus sein, daß Reste entstünden, es sei jedoch genauso denkbar, daß etwa im Kindergartenbereich die Förderung einmal voll ausgeschöpft werde. Aber jetzt im Juni 1997 müsse er dies nicht mehr für das laufende Haushaltsjahr erwarten.

Winfried Schittges (CDU) erkundigt sich danach, ob es im Bereich der Kindergärten zwar zu einer Ausschöpfung der Betriebskosten komme, sehr wohl aber im Bereich der Investitionen ein erheblicher Spielraum bestehe. - **Minister Dr. Axel Horstmann** macht klar, daß zwischen den Investitionskosten und den Betriebskosten ein unauflöslicher Zusammenhang bestehe. Mit der Einstellung einer bestimmten Baurate im vergangenen Jahr für das Haushaltsjahr 1997, sei das Ministerium natürlich davon ausgegangen, daß sich 1997 sukzessive auch ein Betriebskostenbedarf aufbaue. Aus diesem Grunde sei eine Differenzierung unmöglich.

Vorsitzender Leo Dautzenberg stellt heraus, daß für die Investitionen zwar 260 Millionen DM veranschlagt, aber bis zum 30. Mai 1997 nur 38 Millionen DM in Anspruch genommen worden seien. Aus diesem Grunde interessiere ihn, mit welcher kassenwirksamen Inanspruchnahme bis zum Jahresende zu rechnen sei. - **Minister Dr. Axel Horstmann** antwortet, dies könne er jetzt nicht exakt beziffern, weil die Bewilligungen nicht vom Ministerium ausgesprochen würden. Die gemachten Tendenzaussagen beruhten - mit Ausnahme des Ist-Abflusses - auf einer Schätzung im Vergleich zum Vorjahr.

Helmut Diegel (CDU) will erneut geklärt wissen, in welchen Bereichen mit Resten zu rechnen sei, die zum jetzigen Zeitpunkt eine titelscharf festgelegte globale Minderausgabe nicht für nötig erscheinen ließen. Bei der Beantwortung dieser Frage solle auch gesagt werden, ob diesbezüglich an den Migrationsbereich, die Familienhilfe, an Landesmaßnahmen

für Vertriebene sowie an die Krankenhausförderung gedacht sei. - **Minister Dr. Axel Horstmann** unterstreicht erneut, daß die exakte Beantwortung dieser Frage nicht möglich sei. Bezüglich der Reste sei es nur möglich, auf Schätzungen und Vergleiche der Vorjahre zurückzugreifen. Er gehe noch davon aus, daß ein Einschneiden in einzelne Titel aufgrund der Beurteilung des Haushaltsverlaufes zur Zeit nicht erforderlich sei. Über einzelne Bewirtschaftungsmaßnahmen werde erforderlichenfalls im September entschieden, so daß die Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe sichergestellt werden könne.

Nach den Ausführungen des Ministers, geht darauf **Helmut Diegel (CDU)** ein, müsse die Angabe möglich sein, in welcher Größenordnung in welchen Bereichen Reste erwartet würden. - **Minister Dr. Axel Horstmann** verweist auf die EU-Arbeitsmarktprogramme und die dort anfallenden bewilligungstechnisch bedingten Reste. Auch bei der Kindergartenförderung könne davon ausgegangen werden, daß sich der Haushaltsansatz 1997 wiederum auf der sicheren Seite befinde und daß durch das Bewilligungsverhalten der Kommunen Reste entstehen würden. Bei den Übergangsheimen für Aussiedler könne bei den Betriebskosten ebenfalls mit Resten gerechnet werden.

Helmut Diegel (CDU) bittet mitzuteilen, ob im Bereich der EU-Mittel auch mit Resten bei den Ansätzen für die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, für die Eingliederung von Jugendlichen sowie bei weiteren Titeln zur allgemeinen Wiedereingliederung von Arbeitslosen zu rechnen sei. - **AL Dr. Schäffer (MAGS)** legt dar, daß diesbezügliche Haushaltsreste auf strukturelle Umstände zurückzuführen seien. Die Gründe dafür seien vielschichtig; manche Teilnehmer würden gar nicht erscheinen, einzelne Maßnahmen würden später beginnen, und einige Programme seitens der Europäischen Gemeinschaft kämen später als bei Haushaltsaufstellung geplant zum Zuge. Das betreffe alle Arbeitsmarktprogramme und somit auch die soeben angesprochenen Titelgruppen.

Winfried Schittges (CDU) nimmt erneut auf die bis zum 30. Mai 1997 in Anspruch genommenen 38 Millionen DM Kindergartenförderung Bezug und fragt, ob dem **MAGS** tatsächlich keine konkreten Angaben über den zu erwartenden Mittelabfluß bis zum Jahresende vorlägen. - **MDgt Dr. Harms (MAGS)** führt aus, bei der Kindergartenförderung bilde ein Zahlenwerk, das im Sommer 1996 einvernehmlich mit dem Finanzministerium abgeschlossen worden sei, die Grundlage für die Planung 1997. Bezüglich der Bewilligungen, der Abschlagszahlungen, der Investitionen und der Betriebskosten sei nur ein Rückgriff auf die Zahlen des Landschaftsverbandes vom 30. April 1997 möglich. Der nächste Abfragetermin sei der 30. Juni 1997. Die Zahl bezogen auf den Dezember des Jahres 1997 könne jedoch derzeit nur geschätzt werden.

Winfried Schittges (CDU) bringt zum Ausdruck, daß er mit den genannten Schätzungen nicht einverstanden sei, zumal die Kindergarteninvestitionen in den Kommunen anders als in den letzten Jahren vorgenommen würden. Einigkeit bestehe doch darin, die Investitionen bei

der globalen Minderausgabe möglichst zu schonen. Wenn das Soll 260 Millionen DM ausmache und davon ausgegangen werde, daß wegen der Finanzierungsänderungen nach seiner Schätzung allenfalls 100 Millionen DM davon in Anspruch genommen würden, flössen für Investitionen etwa 160 Millionen DM weniger aus dem Landeshaushalt ab. Ihn interessiere, ob dieser Betrag dann bei der globalen Minderausgabe eingerechnet werde. Es müsse doch möglich sein, detailliert zu belegen, wie sich die Investitionsentwicklung im Kindergartenbereich gestalten werde.

Minister Dr. Axel Horstmann hebt zum wiederholten Male hervor, außer einer Schätzung könne heute keine konkretere Prognose geliefert werden. Der Vergleich des Mittelabflusses zum Vorjahr zeige jedoch, daß mit einem erheblichen Rest zu rechnen sei, der bei der Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe eingesetzt werden könne. Im übrigen steuere das Land nicht die Investitionsvolumina im Kindergartenbereich, sondern es stelle nur eine Förderung für eine kommunale Aufgabe zur Verfügung, die Entscheidung bezüglich der Inanspruchnahme falle jedoch vor Ort.

Winfried Schittges (CDU) erkundigt sich mit dem Hinweis auf die vorgelegten Ist-Zahlen abschließend noch einmal nach den Sektoren Krankenhausförderung und Rettungsdienst im Zusammenhang mit der globalen Minderausgabe. - **Minister Dr. Axel Horstmann** antwortet, in diesem Bereich müsse unterschieden werden zwischen dem Krankenhausinvestitionsprogramm, der sich im wesentlichen an der Bettenzahl orientierenden Pauschalförderung der Krankenhäuser und den Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke wie die sogenannte alte Last. Mit relevanten Resten sei jedoch 1997 nicht zu rechnen.

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Vorsitzender Leo Dautzenberg bittet zu Titel 683 67 "Zuschüsse für einzelbetriebliche Investitionen" in Kapitel 10 030 die großen Abweichungen zwischen den Ansätzen und Ist-Zahlen in den Jahren 1995 und 1996 zu erklären. - **MR Kayser (MURL)** verweist auf die in diesen Jahren neu aufgelegten Programme wie "Ökologischer Landbau" und "Regionale Vermarktung", die sehr träge angelaufen seien, was zu den erheblichen Resten beigetragen habe. Im Jahre 1996 habe das MURL eine Einsparung von über 100 Millionen DM erbringen müssen, was Bewirtschaftungsmaßnahmen zur Folge gehabt habe, weshalb in der Hauptgruppe 5 bei den Ansätzen 10 % und in allen Förderprogrammen 25 % hätten gesperrt werden müssen, so daß die genannten Zahlen einer weiteren Gewichtung bedürften.

Auf die Nachfrage des **Vorsitzenden Leo Dautzenberg**, ob die Programme nunmehr so liefen, daß die für 1997 angesetzten 8,5 Millionen DM ausgeschöpft würden, antwortet **MR Kayser (MURL)** verbunden mit dem Hinweis auf die im Mai verhängte Haushaltssperre, er

habe bedenken, daß dieser Ansatz bis zum Ende des Jahres kassenmäßig in voller Höhe abfließen werde.

Sodann spricht **Vorsitzender Leo Dautzenberg** einen ähnlichen Sachverhalt bei **Titel 683 82 "Zuschüsse an private Unternehmen"** an, wo in den letzten Jahren ebenfalls nur bis zur Hälfte der angesetzten Mittel abgeflossen seien, aber der Ansatz weiterhin bei 13 Millionen DM liege. - Das beruhe auf einer einvernehmlichen Entscheidung im MURL, legt **MR Kayser (MURL)** dar. Ein wesentlicher Teil der im Jahre 1996 einzusparenden 100 Millionen DM sei dort erwirtschaftet worden. In diesem Jahr könnten schon wegen der Grundstückskäufe die Mittel ausgegeben werden. Außerdem seien die Titel in der Titelgruppe 82 gegenseitig deckungsfähig.

Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen

Vorsitzender Leo Dautzenberg erinnert an die offene Frage, ob für 1997 ausgeschlossen werden könne, daß auch investive Mittel für Einsparungen herangezogen würden. - **MR Michel (MBW)** betont, diese Frage könne nicht mit einem Nein beantwortet werden, weil das Ministerium durch die haushaltswirtschaftliche Sperre in allen Bereichen des Einzelplans einsparen müsse, so auch im Bereich der sonstigen Investitionen, wozu Kraftfahrzeugbeschaffungen, Mobiliar gehörten.

Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport

Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU) möchte wissen, wie sich die veranschlagte globale Minderausgabe in Höhe von 31,3 Millionen DM auf die unterschiedlichen Bereiche Stadtentwicklung, Kultur und Sport aufteile.

Ilse Brusi, Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport, entschuldigt sich zunächst ebenfalls dafür, daß ihr eine Teilnahme an der letzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses nicht möglich gewesen sei. - Bereits im verabschiedeten Haushalt 1997 sei eine globale Minderausgabe in Höhe von 7,8 Millionen DM veranschlagt gewesen; die übrigen 23,5 Millionen DM seien nun auf den Nachtragshaushalt zurückzuführen. Da die Ansatzmittel im Einzelplan 15 schon weitgehend ausgegeben beziehungsweise rechtlich gebunden seien; erscheine es fraglich, ob bis zum Jahresende tatsächlich noch 23,5 Millionen DM erwirtschaftet werden könnten. Allerdings sei bis zu einer Höhe von 15 Millionen DM ein Rückgriff auf den Einzelplan 20 denkbar, und hinsichtlich der restlichen 8,5 Millionen DM sei es

möglich, 0,2 Millionen DM beim Denkmalschutz, 1 Million DM bei der Sportförderung, 6 Millionen DM bei der Kulturförderung, 0,5 Millionen DM im Verwaltungshaushalt des nachgeordneten Bereichs sowie weitere 0,8 Millionen DM im Verwaltungsbereich insgesamt einzusparen. Sie schließe auch nicht weitere Einsparungen aus, weil es immer wieder vorkomme, daß geplante Projekte nicht oder kostengünstiger durchgeführt werden könnten, die sie dann natürlich zusätzlich für die Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe nutzen werde.

Franz Riscop (CDU) erkundigt sich danach, ob die Städtebauförderung von den Einsparungen nicht betroffen sei. - **Ministerin Ilse Brusis** stellt klar, die Städtebauförderung sei nicht durch die globale Minderausgabe im Einzelplan 15, sondern durch die Kürzung der Zweckzuweisungen in Höhe von 5 Prozent betroffen. Dies mache es notwendig, die im Städtebauförderprogramm für 1997 verkündeten Projekte einer erneuten Prüfung zu unterziehen, und wahrscheinlich müsse das eine oder andere Projekt gestreckt oder verschoben werden. Da sich erfahrungsgemäß im Laufe des Jahres Verzögerungen im Baufortschritt ergäben, schließe sie nicht aus, daß sich auch in diesem Bereich entsprechende Einsparungsmöglichkeiten einstellen.

Jens Petring (GRÜNE) möchte zu der vorgesehenen Einsparung im Sportbereich in Höhe von 1 Million DM wissen, ob davon auch der investive Bereich der Sportstättenförderung berührt werde. - **Ministerin Ilse Brusis** antwortet, es handele sich dabei sowohl um den investiven als auch um den konsumtiven Bereich. Für den Sportstättenbau seien derzeit noch 800 000 DM verfügbar.

Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU) bittet um Auskunft, in welcher Höhe die regionale Kulturförderung bei den Einsparmöglichkeiten im Kulturbereich betroffen sei. - **Ministerin Ilse Brusis** hebt hervor, daß der größte Teil dieser Summe von 6 Millionen DM im Kulturbereich auf dem Sektor der regionalen Kulturpolitik eingespart werden müsse. Die regionale Kulturförderung sei bekanntlich eine neue Aufgabe seit Anfang 1996, und es seien noch nicht in allen Regionen viele Anträge gestellt worden. Zudem müsse bei der Bewilligung der Projekte ein strenger Maßstab angelegt werden, um nicht Projekte zu fördern, deren Zielsetzung mit regionaler Kulturpolitik nichts zu tun habe. Mit Blick auf die Haushaltslage müsse es wohl zu einer Verschiebung der einen oder anderen Veranstaltung zum Thema der regionalen Kulturförderung kommen.

Die Feststellung des Vorsitzenden **Leo Dautzenberg**, regionale Kulturpolitik bedeute nicht Kulturpolitik aus der Region, sondern für die Region aus anderer Sicht, bejaht **Ministerin Ilse Brusis**.

Helmut Diegel (CDU) dankt Ministerin Ilse Brusis für die umfassende und detaillierte Berichterstattung und merkt an, daß sich diese positiv von den Vorbereitungen und Darstellungen des Ministers Horstmann abhebe. Sodann erkundigt sich der Abgeordnete ebenfalls nach den Erwirtschaftungsmöglichkeiten für die globale Minderausgabe. Dabei lege er besonderen Wert auf die Unterscheidung zwischen dem konsumtiven und dem investiven Bereich. - **Ministerin Ilse Brusis** nimmt erneut Bezug auf den Sportstättenbau. Hier sei eine Einsparung in Höhe von 800 000 DM denkbar. Im Verwaltungsbereich könne es ebenfalls zu kleineren Anschaffungseinsparungen kommen. Das restliche Einsparpotential ergäbe sich aus dem konsumtiven Bereich. Bei alledem dürfe nicht vergessen werden, daß die fünfprozentige Kürzung der Zweckzuweisungen ausschließlich den investiven Bereich betreffe. Das sei vor dem Hintergrund einer vierfachen Überzeichnung des diesjährigen Städtebauförderprogramms besonders schmerzlich. Sie erinnere sich aber daran, daß die Vertreter der CDU-Landtagsfraktion zwar in der allgemeinen Diskussion eine Kürzung im investiven Bereich abgelehnt hätten, aber beim Gemeindefinanzierungsgesetz sei gefordert worden, die Schlüsselzuweisungen nicht zu kürzen, was im Rückschluß eine Kürzung bei den Zweckzuweisungen bedeute.

Reinhold Trinius (SPD) ist in Erwiderung auf die Ausführungen des Kollegen Helmut Diegel (CDU) der Auffassung, daß auch Arbeitsminister Dr. Axel Horstmann für die Berichterstattung zu danken sei. Diesbezüglich könne doch wohl auf die kurzfristig erstellten Vorlagen 12/1409 und 12/1410 verwiesen werden. Die Aufstellungen über die Entwicklung des Haushaltes 1996 machten für ihn die Einschätzung des Ministers zu einzelnen Positionen oder Bereichen für das Jahr 1997 nachvollziehbar.

gez. Dautzenberg
Vorsitzender

23.07.1997/06.08.1997